

## MITTEILUNGEN

**des Magistrats in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am  
Dienstag, den 05.12.2017 um 19:30 Uhr im Mehrzweckraum  
der Halle Urberach**

---

### **1. Förderprogramm „Stadtumbau in Hessen“**

Wie Sie bereits Presseberichten entnehmen konnten, zählt Rödermark mit dem „Stadtumbau Ober-Roden“ zu den 10 Kommunen, die neu in das Landesprogramm aufgenommen wurden. Damit können wir für den Ortskern Ober-Roden ein Investitionsprogramm mit einem Volumen von 10 Millionen Euro in den nächsten zehn Jahren auflegen. Knapp zwei Drittel dieser Summe werden mit Geldern aus dem Programm bezuschusst.

Wir haben nun die Möglichkeit, Dinge umzusetzen, die notwendig und sinnvoll sind - zum Beispiel den Bau einer Unterführung für Fußgänger und Radfahrer im Bereich Gartenstraße/Babenhäuser Straße, die Umgestaltung des Bereichs zwischen der Kulturhalle, dem ehemaligen Feuerwehrhaus und dem von der Stadt erworbenen „Seitz-Haus“, die Sanierung des ehemaligen Feuerwehrgebäudes, in dem die Kinderabteilung, das Jugendzentrum und der Seniorentreff untergebracht sind, oder die Sanierung des „Jägerhauses“. Auch Vorhaben wie die Sichtbarmachung der Rodau im Stadtgebiet, die Neugestaltung von Wegebeziehungen, Begrünungsmaßnahmen oder Anreizprogramme für die energetische Sanierung von Privathäusern sind nun möglich.

Der erste Schritt ist die Erarbeitung eines „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes“. Dafür hat das Land noch für dieses Jahr 71.000 Euro bewilligt.

Der positive Bescheid des Ministeriums ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sich in unsere Stadt in den vergangenen Jahren eine breite Form der Bürgerbeteiligung entwickelt hat – von den Quartiers- und Ortskerngruppen bis hin zum Leitbildprozess. Als Folge dessen haben Mitglieder von IGOR am Prozess der Formulierung des Antrags als gleichberechtigte Partner mitgewirkt – und die IGOR-Protagonisten Ernst Schäck, Arno Mieth und Gerd Schreiner waren auch bei der Übergabe der Förderbescheide in Frankfurt dabei. Ohne deren Engagement wäre das nicht zustande gekommen. Das ist ein gelungenes Zusammenspiel von Bürgerschaft und Verwaltung, wofür ich mich auch an dieser Stelle nochmals bedanken möchte.

## 2. Förderprogramm „Zukunft Stadtgrün Hessen“

Nur knapp vier Wochen nach der Zusage für Mittel aus dem Programm „Stadtumbau in Hessen“ sind wir am letzten Freitag erneut begünstigt worden: Rödermark gehört zu den acht hessischen Kommunen, die in das neue Bund-Land-Förderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ aufgenommen wurden. Ermöglicht werden uns damit in einem Zeitraum von bis zu 14 Jahren Investitionen von einer Million Euro in die grüne Infrastruktur. Rund 60 Prozent dieser Summe werden mit Geldern aus dem Programm bezuschusst. Das Fördergebiet umfasst den nördlichen Teil von Urberach, ungefähr zwischen „Rennwiesen“ und der Kinder- und Jugendfarm, inklusive Bahnhofsvorplatz und Park am Entenweiher.

Grün- und Wasserflächen, begrünte Straßen und Plätze sowie Parks und Gärten sind häufig die attraktivsten Bereiche einer Stadt, in denen man sich am wohlsten fühlt. Neben den sozialen Vorteilen solcher Flächen sind sie aber auch von Bedeutung, um die bereits heute spürbaren Auswirkungen des Klimawandels abzufedern. Mit dem Programm ‚Zukunft Stadtgrün‘ verknüpfen Bund und Land Stadtentwicklung mit Grünentwicklung und passen die Kommunen damit an den Klimawandel an.

Unser Antrag trägt diesen Zielen Rechnung. Aufgelistet werden 10 Einzelmaßnahmen. Dazu gehören etwa der Bau und die Aufwertung von Spielplätzen, die Umgestaltung von so genanntem Abstandsgrün, die Vernetzung von Grünflächen, Verbesserungen im Park am Entenweiher, auf dem Bodajker Platz am Bahnhof und auf der Kinder- und Jugendfarm, Pflanzungen hinter dem Badehaus oder auch ein Anreizprogramm zur Schaffung von Fassadengrün.

Der erste Schritt ist auch hier die Erarbeitung eines „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes“ in enger Abstimmung mit dem Ministerium. Dafür und für erste Arbeiten auf den Spielplätzen Liebigstraße und Rodaustraße sowie im Bereich um den Bahnhof hat das Ministerium noch für dieses Jahr 47.000 € bewilligt.

### **3. Stabsstelle Feuerwehr**

Mit Wirkung zum 1.1.2018 wird die Fachabteilung Brandschutz aus dem Fachbereich 1 ausgegliedert und in eine Stabsstelle, die direkt dem Bürgermeister unterstellt ist, überführt. Zum Leiter der Stabsstelle soll ein hauptamtlicher Mitarbeiter der Stadtverwaltung – voraussichtlich aus der Abteilung Brandschutz - bestimmt werden.

Um die Budgetverantwortung für den Leiter der Stabsstelle Feuerwehr herstellen zu können, werde ich die im Haushaltsplan im Fachbereich 1 für alle Budgets festgelegte gegenseitige Deckungsfähigkeit mit der Fachabteilung Brandschutz aussetzen.

Im Investitionshaushalt ist ohnehin ausschließlich die Abteilung Brandschutz über die bereitgestellten Mittel Verfügungsberechtigt. Somit ist sichergestellt, dass nur der Leiter der Stabsstelle über die für die Feuerwehr bereitgestellten Haushaltsmittel verfügen kann.

### **4. Interaktiver Haushalt**

Der Haushaltsplan wird künftig in interaktiver Form auf der Homepage der Stadt Rödermark abgebildet sein. Alle Mandatsträger, aber auch interessierte Bürgerinnen und Bürger, können auf den grafisch aufbereiteten und um Diagramme, Tendenzen und weitere Funktionalitäten ergänzten Haushalt zugreifen. Das Angebot kann mit PC, Tablet oder Smartphone genutzt werden und wird ab dem 14. Dezember zur Verfügung stehen.

### **5. Erneute Offenlage Bebauungsplan „In der Plattenhecke 2a“ – TSC-**

Wie schon im Bauausschuss mitgeteilt, hat der Magistrat in seiner Sitzung am 13. November nach Vorliegen des Umweltberichts die erneuten Offenlage des Planentwurfs vom 1.12. bis 12.1.2018 beschlossen. Die Frist zur Erhebung von Einsprüchen bzw. zur Abgabe von Stellungnahmen ist also insgesamt bis zum 12. Januar 2018 verlängert worden. Die amtliche Veröffentlichung hierzu ist am 23.11.2017 erfolgt. Über die bis zu diesem Zeitpunkt – 12. Januar 2018 – eingegangenen Stellungnahmen wird dann insgesamt befunden. Dies wird – nach Vorlauf im Magistrat - voraussichtlich in der Stadtverordnetenversammlung am 20. März 2018 geschehen.

Es kann also keine Rede davon sein, dass – wie in einem Leserbrief in der heutigen Ausgabe der Offenbach-Post behauptet - über 120 Einsprüche gegen den geplanten Anbau der Tanzsporthalle „nach alter Gutsherrnart“ ignoriert worden seien. Das Gegenteil ist der Fall.